Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 161
15. Oktober

3. Jahrgang
1923

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse Wilh Im Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Der Sinn der Ereignisse in Bulgarien. Von Sinowjew 1371

Deutschland

Die Lage in Deutschland. Von Bartz 1372

Politik.

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei. Von Stern 1373

Arbeiterbewegung.

Der internationale Kongreß der Lebensmittelarbeiter. Von Arn 1375

Die spanischen Reformisten arbeiten mit der Militärdiktatur zusammen 1376

Aus der Internationale.

An die Arbeiter und Bauern Bulgariens 1376

Unsere Probleme.

Die Bauernschaft und die Arbeiterklasse in der nächsten historischen Periode. Von Bucharin 1378

Weißer Schrecken.

Gegen die Todesurteile im Dato-Prozeß 1378

Der Sinn der Ereignisse in Bulgarien.

Von W. Sinowjew.

** Der September-Aufstand der Arbeiter und Bauern Bulgariens ist niedergeschlagen. Es setzte die grausame Rache ein, die bereits das Leben Tausender und aber Tausender Vorkämpfer der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gekostet hat und noch weiter kosten wird. Der Sinn der September-Ereignisse kann nur im Zusammenhang mit den Juni-Ereignissen dieses Jahres begriffen werden.

Der weiße Umsturz am 9. Juni 1923 fand folgende Lage vor: Die sich um die Regierung Stambuliski gruppierende Spitze der Bauernschaft führte einen verzweifelten Kampf gegen die Arbeiterklasse der Städte, an deren Spitze die Kommunistische Partei steht. Das Zentralkomitee der bulgarischen Kommunistischen Partei verstand das Gebot der Stunde nicht und wußte ihre Reihen nicht schnell genug umzugruppieren, um zusammen mit der Bauernschaft gegen die Weißen den Kampf aufzunehmen, — teilweise gerade unter dem Einfluß jener Erbitterung, die sich zur Zeit der Verfolgung der Kommunisten durch Stambuliski angehäuft hatte. Stambuliski selbst und seine nächsten Freunde waren verblendet. Als er einige Tage vor dem weißen Umsturz durch die ihm treu gebliebenen Offiziere auf die sich vorbereitende Gegenrevolution aufmerksam gemacht wurde, machte er sich nichts daraus und antwortete mit Selbstzufriedenheit, daß er, da er über die Mehrheit im Parlament — 242 Abgeordnete — verfügt, einen Umsturz nicht zu befürchten habe. Die Bauernmassen aber, die Stambuliski lange gefolgt waren, der in der Vergangenheit in den Augen der Bauernmassen große Verdienste hatte, befanden sich zur Zeit des 9. Juni sozusagen auf dem Scheidewege: sie begannen ihr Vertrauen zur bankrotten Parteispitze um Stambuliski zu verlieren, aber sie hatten noch nicht genügend Vertrauen zur Kommunistischen Partei, die es zu dieser Zeit noch nicht verstand, alles Notwendige zur Eroberung des Vertrauens der Bauernschaft aufzubieten.

Das politisch lockere Verhältnis der Bauernschaft, die objektive Unmöglichkeit eine selbständige politische Rolle zu spielen, die politische Unbeholfenheit und Demoralisiertheit der Bauernspitze, die naiv an die Unerschütterlichkeit der „Demokratie“ glaubte: das war eine der Ursachen des Sieges des weißen Umsturzes am 9. Juni. Die zweite Ursache des Sieges des Zankowschen weißen Umsturzes bestand darin, daß es der Kommunistischen Partei, die während Jahrzehnte zur friedlichen Propagandaarbeit erzogen wurde, schwer gewesen ist, zu bewaffneten Aktionen überzugehen. Zu dieser zweiten Ursache gehört ferner das Doktrinärtum der führenden Elemente der KP., die nicht zur rechten Zeit die Notwendigkeit eines raschen Zusammenschlusses mit der Bauernschaft gegen die faschistische städtische Bourgeoisie begriffen haben.

Die Massen waren gegen Zankow. Aber das lockere Verhältnis dieser Massen, ihre politische Unbeholfenheit, die unrichtige Taktik der kommunistischen Führer ermöglichte es den kleinen Stoßtrupps der faschistischen Bourgeoisie, die Macht an sich zu reißen.

Es gingen nicht einmal einige Monate seit dem 9. Juni ins Land, und die Stimmung der Bauernschaft hatte sich in radikaler Weise geändert. Die bulgarische Bauernschaft steht nicht mehr am Scheidewege. Ihre fast ungeteilte Sympathie gehört nunmehr der Kommunistischen Partei. Das ganze bulgarische Volk, bis auf die wenigen Dorfreichen, steht der Zankow-Regierung, die die Bauern ihres Grund und Bodens beraubt hatte, mit einem grenzenlosen, unüberwindlichen Haß gegenüber. Eine tiefe Feindseligkeit gegenüber dem weißen Regime breitete sich in allen Dörfern Bulgariens aus. Jeder einfache Bauer harrt mit Zähneknirschen des Augenblickes, wo das verhaßte Regime gestürzt werden kann. Die bulgarische Bauernschaft beginnt ihr politisches Schicksal selbst in die Hände zu nehmen, indem sie begreift, daß, wenn sie zwischen der Bourgeoisie und der Bauernschaft laviert, wie es Stambuliski zu tun versuchte, ihr Untergang unvermeidlich sein wird, und indem sie begreift, daß sie das Joch des Zankowschen Regimes nur im Bündnis mit der städtischen Arbeiterklasse abschütteln kann. Noch nie konnte die KP. Bulgariens — sagen bulgarische Kommunisten — sich mit einer solchen fast allgemeinen Unterstützung der Bauernschaft rühmen, wie jetzt.

„Wir glauben nur an Euch. Wir wissen, daß nur Ihr fähig seid, uns in den Kampf zu führen,“ so sprechen die Bauern.

Bei den ersten Nachrichten über den Septemberaufstand konnte es scheinen, daß die bulgarischen Kommunisten, wenn sie sich am 9. Juni verspätet haben, ihre Aktion im September zu früh begonnen haben. Jedoch steht schon heute fest, daß sie vor dem Dilemma standen, entweder kampflos unter den Schlägen der wilden Verfolgungen Zankows unterzugehen, oder sich der Möglichkeit einer ernsten Niederlage auszusetzen, jedoch in dem Augenblick vor dem Kampf nicht zurückweichen, wo die faschistische Regierung die Vernichtung der Kommunistischen Partei beschlossen hatte. Unsere bulgarische Bruderpartei wählte den letzteren Weg. Und insoweit es aus der Ferne zu beurteilen ist, ging sie in richtiger Weise vor. Sie hat nicht einen unmittel-

baren Sieg davongetragen. Sie brachte schwere Opfer, aber sie hat sich nicht ohne Kampf ergeben. Sie zeigte nicht nur den Arbeitern, sondern auch der Bauernschaft, daß sie bereit ist, sich an die Spitze aller revolutionären Kräfte des Landes zu stellen, um das Land vor der Macht der Bourgeoisie zu befreien. Alle aus Bulgarien kommenden Nachrichten sprechen davon, daß das revolutionäre Prestige der bulgarischen Kommunistischen Partei trotz der schweren Niederlage in hohem Grade gewachsen ist, besonders im Dorf. Die September-Niederlage ist eine jener Niederlagen, die die Unvermeidlichkeit eines kommenden Sieges in sich bergen.

Die Bauernschaft ist fast ohne Ausnahme bereit, mit der Kommunistischen Partei zu marschieren. Jeder Bauer ballt die Faust gegen die Zankow-Regierung. Die Bauernschaft blockiert die Hauptstadt, sie weigert sich, Nahrungsmittel zuzuführen. Die Bauernjugend stürzt sich in den Kampf. Aber — es gibt keine Waffen. Gegen den bis zu den Zähnen bewaffneten Gegner muß man mit fast bloßen Händen kämpfen. Stambuliski war so naiv, die Bauernschaft unbewaffnet zu lassen. Darum haben wieder die kleinen Stoßtrupps den Kampf entschieden: Die russischen Wrangel-Leute übernahmen den Gendarm- und Spionagedienst; die kleinen weißen mazedonischen Truppen spielten eine sehr große Rolle.

Aber in der regulären Armee Zankows, die zum bedeutenden Teil aus Bayern besteht, setzt eine Gärung ein. Und das kann auch nicht anders kommen. Die Soldaten sind ja durch tausend Bande mit dem Dorfe verbunden, das in seiner Gesamtheit dem Regime Zankows einen intensiven und unversöhnlichen Haß entgegenbringt.

Die bulgarische Kommunistische Partei hat sich, indem sie ihre doktrinären Fehler gutgemacht hatte, den Weg zu einem nahen Siege eröffnet. In einem solchen Lande wie Bulgarien kann kein einziges Regime lange gegen eine Bauernschaft herrschen, die revolutionär gesinnt ist und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit den Arbeitern und deren Kommunistischen Partei einsah. Es beginnt die Periode eines intensiven Partisanenkrieges, der sich ständig ausdehnen und mit dem Siege der Arbeiter und Bauern enden wird. Die KP. Bulgariens gab den Aufständischen jener Städte, in denen sich die Sache ungünstig gestaltete, die richtige Parole: sich in die Dörfer und in die Berge zurückzuziehen und von dort aus einen Partisanenkrieg zu beginnen. Kein Zankow kann dazu genügende Kräfte haben, um durch konterrevolutionäre Truppen alle Dörfer Bulgariens besetzt zu halten. Die Versuche einer Besetzung des revolutionären bulgarischen Dorfes werden schneller als sonst etwa zum Uebergang des aus Bauern bestehenden Teiles der Armee auf die Seite des revolutionären Volkes führen.

Die bulgarische weiße Sozialdemokratie spielte eine unerhört niederträchtige Rolle, die Noskes Lorbeeren streitig macht. Selbst die russischen SR. begannen im Auslande eine Kampagne gegen die bulgarischen Menschewiki, die sich zu einer Henkerrolle gegen die bulgarische Bauernschaft gebrauchen ließen. Die gelbe Zweite Internationale hüllt sich über die frevelhafte Rolle ihrer bulgarischen Sektion in ein tiefes Schweigen. Jener Teil der Eisenbahner und Postbeamten, der noch bis zum September-Aufstand unter dem Einfluß der bulgarischen „Sozialisten" stand, beginnt jetzt zu verstehen, welche Rolle er bisher gespielt hat.

Die bulgarischen Ereignisse im Juni-September 1923 sind von einer tiefen Bedeutung nicht nur für das eigene Land, sondern auch für die allgemeine Einschätzung der Rolle der Bauernschaft. Zusammen mit der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse ist die Bauernschaft alles. Ohne die Arbeiterklasse, bei einem Versuch, eine vermittelnde „selbständige" Position zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse einzunehmen, ist die Bauernschaft nichts. Und jeder solche Versuch führt zur offenen Diktatur der unbändigsten Gutsbesitzer-Reaktion. Bauern aller Länder, Ihr müßt aus der bulgarischen Erfahrung lernen! Die bulgarische Erfahrung muß zum Vermögen des aktiven Teiles der Bauernschaft der ganzen Welt werden. Auf Grund dieser Erfahrung müssen die Kommunisten verstehen, der Bauernschaft, die die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien demagogisch zu mißbrauchen versucht, die Augen zu öffnen.

Auf das prinzipielle Liebäugeln mit der Bauernschaft durch die ihr gegenüber feindlichen Klassenelemente müssen die Kommunisten mit einer intensiven Propaganda für die Arbeiter- und Bauernregierung antworten und dem aktiven Teil der Bauernschaft der ganzen Welt klarmachen, daß die Bauernschaft nur im Bündnisse mit der Arbeiterklasse der Städte ihre wirklichen Interessen verteidigen kann. Das ist der Sinn der bulgarischen Ereignisse.

Diese Lehre ist schwer und teuer erkauft worden. Möge sie den Kommunistischen Parteien der ganzen Welt zum Nutzen dienen.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Wilhelm Bartz.

Berlin, 15. Oktober 1923.

** Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz verabschiedet, jenes Gesetz, das den äußeren Anlaß zur Regierungskrise bildete. Es wurde angenommen mit fast sämtlichen Stimmen der Regierungsparteien. Nur wenige Mitglieder der Deutschen Volkspartei — darunter bezeichnenderweise auch Hugo Stinnes, dessen Pläne sich nicht eingliedern lassen in den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes — enthielten sich der Abstimmung. Auch auf der anderen Seite der Regierungskoalition, auf der Seite der Sozialdemokratie, sehen wir eine ähnliche Erscheinung. Die dort vorhandene Opposition ist mit einem Schlage verschwunden. Während noch in der Reichstagssitzung am Donnerstag etwa zwanzig Abgeordnete der Opposition durch Verlassen des Sitzungssaales gegen das Gesetz demonstrierten, haben bei der entscheidenden Abstimmung am Sonnabend nur noch zwei Abgeordnete in Gemeinschaft mit den Kommunisten und den Abgeordneten der Ledebour-Gruppe den Sitzungssaal verlassen, während die übrigen im Reichstage anwesenden Mitglieder der sozialdemokratischen Opposition glatt für dieses Erdrosselungsgesetz der Arbeiterschaft gestimmt haben — eine Tatsache, die die innere Haltlosigkeit dieser Opposition deutlich erkennen läßt, die immer nur auf einen starken unmittelbaren Druck der Massen reagiert.

Wie die Stimmung der Arbeiter in Deutschland ist, darüber informiert sehr gut ein Bericht der bürgerlichen Berliner Montagszeitung, der „Montag Morgen", über die gestern in Berlin abgehaltenen öffentlichen Versammlungen der Kommunistischen Partei. Das Blatt schreibt:

> **„Zehn große Versammlungen** wurden am Sonntag vormittag von den **Kommunisten in Berlin veranstaltet.** Sie waren meist gut besucht. An mehreren Stellen mußten des starken Besuchs wegen Parallelversammlungen in den Wirtschaftsgärten abgehalten werden. Am Schluß gab es nicht die üblichen Straßendemonstrationen mit Gesang und „Hoch!"- und „Nieder!"-Rufen. Es fehlte auch die Parteipropaganda, die Verteilung von Aufnahmescheinen für die KPD. und was sonst zu solchen Agitationsversammlungen gehört. Die Versammlungsleiter erklärten vielfach, die Partei wolle jetzt keine Neuaufnahmen machen, weil die Verwaltungsarbeit hemmend auf die Kampfvorbereitungen wirken würde; es komme jetzt nur darauf an, daß die außerhalb der Partei stehenden Proletarier in den Betrieben und im Rahmen von Hausgenossenschaften gesammelt und vorbereitet würden für den ernsten Entscheidungskampf, der schon in den nächsten Tagen losbrechen könne. Diese Ruhe war vielleicht das Beunruhigende an diesen Versammlungen. Die Kommunisten glauben, das Signal für einen Entscheidungskampf werde von Mitteldeutschland kommen, wenn die Militärbefehlshaber im Bunde mit den bayerischen Rechtsbolschewisten gegen die sozialistisch-kommunistischen Regierungen Sachsens und Thüringens vorgehen wollen. Die jüngsten Verordnungen einzelner Militärbefehlshaber in Verbindung mit der Haftentlassung Roßbachs und anderen Dingen werden als Beweis dafür betrachtet, daß die entscheidende Auseinandersetzung schon in den nächsten Tagen beginnen muß, da die in Sachsen vom Militärbefehlshaber angeordnete Auflösung der proletarischen Hundertschaften keinesfalls ohne weiteres durchgeführt werden könne. Die Kommunisten glauben, daß sie schon in wenigen Tagen die sächsischen und thüringischen Arbeiter durch eine Entlastungsoffensive gegen die Rechtsbolschewisten verteidigen müssen."

Diese ruhige und ernste Stimmung, die dem Artikelschreiber nicht mit Unrecht als das einzige Beunruhigende an den Versammlungen erscheint, ist auch charakteristisch für die übrigen Gebiete Deutschlands. Das oben genannte Blatt schließt seinen Artikel wie folgt:

> „Die Parole der „proletarischen Abwehr" wird auch in der „Roten Sturmfahne" ausgegeben, die jetzt als Ersatz für die verbotene „Rote Fahne" illegal erscheint. In diesem zweiseitig bedruckten Organ liest man an der Stelle, wo sonst die Verantwortlichen angegeben sind: „Verantwortlicher Redakteur: Ewald Kannstmich. Druck und Verlag: Seeckthorn u. Co., Berlin."
>
> Die Mauern in den Straßen waren am Sonntag mit kleinen kommunistischen Kampfaufrufen in Massen beklebt."

Besonders gefördert wird die Erbitterung der Arbeiterschaft durch die systematische Arbeit und das Geschrei der Rechten nach der Errichtung ihrer offenen Diktatur. Sie machen durchaus kein Hehl mehr aus ihren Wünschen und glauben auch ihrerseits die Ernährungsnöte, die sie selbst bewußt steigern — sagte doch ein Vertreter der Deutschnationalen im Reichstage, das Volk werde verhungern bei vollen Scheuern — ihren Zwecken nutzbar machen zu können. Sie sind Gegner des Ermächtigungsgesetzes, nicht des Prinzips wegen, sondern weil es ihnen nicht weitgehend genug ist, vor allem aber, weil die personelle Zusammensetzung der Regierung ihren Wünschen nicht entspricht. Sie bauen auf die „Einsicht" der Militärgewaltigen und werden mit deren Hilfe ihre Ziele durchzusetzen verstehen. Die neuesten Maßnahmen der Militärbefehlshaber — Verbot der proletarischen Hundertschaften in Sachsen und Thüringen — liegen in der Richtung der Erfüllung ihrer Wünsche, schaffen aber auch auf der anderen Seite direkte Konfliktsmöglichkeiten zwischen der sächsisch-thüringischen Arbeiterregierung und der Reaktion, zumal da die sächsische Regierung in ihrer Erklärung die Förderung der Abwehrorganisationen als eine ihrer vornehmsten Aufgaben bezeichnet hat.

So treibt in Deutschland alles einem Zustande entgegen, der durch das oben angeführte Zitat durchaus richtig gekennzeichnet wird. Das Proletariat erkennt immer mehr die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Außer in Sachsen und Thüringen sind in Hamburg, Lübeck, Bremen, in Anhalt und anderen Teilen Deutschlands Verhandlungen eingeleitet und teilweise bereits zum Abschluß gebracht worden, die die Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront zum Ziele haben. Die Reaktion steht gerüstet — das Proletariat schickt sich an, ihr seine einheitliche Kampffront gegenüberzustellen.

Politik

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei.

Von Viktor Stern (Reichenberg).

** Schon die Lage in Deutschland allein genügt, um den Gemeindewahlen, die am 16. September in den meisten Gemeinden der Tschechoslowakei stattgefunden haben, eine erhöhte Bedeutung zu verschaffen. In einer Lage, wie die gegenwärtige, in der schon die allernächste Zeit das tschechoslowakische Proletariat vor die Aufgabe stellen kann, eine Intervention tschechischer Truppen in Deutschland verhindern zu müssen und den deutschen Arbeitern zu Hilfe zu kommen, verdient alles besondere Aufmerksamkeit, was über das Kräfteverhältnis der einzelnen Parteien und über die Stimmung in der Bevölkerung irgendwie Aufschluß zu geben vermag. Selbstverständlich geben sogenannte „demokratische" Wahlen in einem bürgerlichen Staate kein zutreffendes Bild der wirklichen Verhältnisse, aber sie lassen doch weitgehende Rückschlüsse zu und ermöglichen auch ein Urteil über die vor sich gegangene Kräfteverschiebung. Dazu kommt noch eine Reihe auch nicht unwichtiger Umstände, die gerade diesen Wahlen eine größere Bedeutung verleihen. Es sind die ersten Wahlen nach der Spaltung der tschechoslowakischen und der deutschen sozialdemokratischen Parteien. Zum erstenmale läßt sich also ziffernmäßig abschätzen, in welchem Maße sich das Proletariat der Tschechoslowakei von der reformistischen Bewegung abwendet und der revolutionären Bewegung zuströmt. Es sind die ersten Wahlen in der Tschechoslowakei nach dem Abflauen der revolutionären Welle, die dem Kriege unmittelbar folgte. Sie lassen deshalb die Stärke des Zurückflutens der November-Mitläufer in das bürgerliche Lager abschätzen. Und es sind schließlich die ersten Wahlen, in deren Ergebnis die starke Kräfteverschiebung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien zum Ausdruck kommt und die es ermöglichen, festzustellen, ob die gegenwärtige Koalitionsregierung noch eine Mehrheit hinter sich hat oder nicht. Auch der Bergarbeiterkampf, den die Reformisten erst nach den Wahlen abzuwürgen wagten, erhöhte die Bedeutung der Wahlen, weil ihr Ergebnis den Unternehmern und ihre reformistischen Lakaien den Bergarbeitern gegenüber um so größere Vorsicht geboten erscheinen lassen mußte, je stärker sich die Kommunistische Partei, die einzige, die für eine Erweiterung des Kampfes eintrat, in den Massen verankert zeigte.

Es ist bezeichnend für den Ausgang der Wahlen, daß die Regierung jetzt, nach einem Monat, noch immer keine amtliche Mitteilung über das Gesamtergebnis veröffentlicht hat. Einzelne Blätter haben sehr unvollständige Uebersichten zusammengestellt, die das Ergebnis bewußt und nachweisbar in der plumpesten Weise fälschten. Ueber das Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der deutschen Arbeiterschaft ist noch immer kein klares Urteil möglich. Ueber die sehr wichtige Frage, ob hinter der Regierung noch eine Mehrheit steht oder nicht, schweigen sich die Regierungsblätter beharrlich aus. Dieses Schweigen spricht allerdings Bände.

Wie sehr sich die Regierung der politischen Bedeutung der Wahlen bewußt war, zeigt eine ganze Reihe von Tatsachen. Sie hat die Wahlen noch ein ganzes Jahr lang hinausgeschoben, nachdem schon der letzte gesetzliche Termin für ihre Ausschreibung verstrichen war. Sie hat, als sie die Wahlen nicht mehr länger verhindern konnte, zuerst versucht, den Eindruck des Ergebnisses dadurch abzuschwächen, daß sie die Wahlen über mehrere Monate verteilen und in vielen Gemeinden erst im nächsten Jahre wählen lassen wollte, um eine Gesamtübersicht über das Ergebnis fast unmöglich zu machen. Sie hat sich schließlich, zum Teil auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Deutschland, zu einer anderen Methode entschlossen, nämlich zu einer Ueberrumpelung der Oppositionsparteien. Die Wahlen wurden wohl für einen Tag ausgeschrieben, aber dieser Tag wurde zunächst nur den Regierungsparteien heimlich mitgeteilt. Oeffentlich wurde der Wahltermin erst drei Wochen vor der Wahl bekanntgegeben, nachdem kurz vorher mitgeteilt worden war, daß die Wahlen erst später stattfinden. Dabei gab es auch einen ergötzlichen Zwischenfall, der für die Zweite Internationale sehr bezeichnend ist: Die deutschen Sozialdemokraten baten ihre tschechische Minister-Bruderpartei, ihnen das Geheimnis des Wahltages doch auch zu verraten, sie wurden aber zu einer Zeit, als die tschechischen Sozialdemokraten durch ein geheimes Rundschreiben ihre Organisationen schon entsprechend vorbereiteten, bewußt angelogen. Diese Ueberrumpelung spielt natürlich gerade bei Gemeindewahlen eine große Rolle, wo in jeder kleinen Gemeinde unter den schwierigsten organisatorischen Verhältnissen und gehemmt durch wirtschaftlichen und sozialen Terror rechtzeitig eigene Wählerlisten aufgestellt und eine ganze Reihe komplizierter technischer Vorarbeiten getroffen werden müssen. Die Regierung fütterte den Wahlfonds der Regierungsparteien mit vielen Millionen aus Steuergeldern. Die Erlässe, die für die Slowakei und Karpathorußland amtliche Fälschung der Wählerlisten und Korrumpierung der ganzen Wählerschaft anordneten, wurden durch eine Interpellation unseres Genossen Kreibich trotz des Redeverbots des sozialdemokratischen Präsidenten bekannt. Der Wahlterror und die Wahlkorruption in der Slowakei spotteten auch tatsächlich jeder Beschreibung.

Das alles hat nicht ausgereicht, um den von der Regierung gewünschten Zweck zu erzielen, aber es hat sicherlich sehr viel dazu beigetragen, das Wahlergebnis zu verfälschen und es darf darum bei der Beurteilung dieses Ergebnisses nicht außer acht gelassen werden. Obwohl, wie gesagt, eine vollständige Feststellung dieses Wahlergebnisses noch immer nicht möglich ist, lassen sich doch mit ziemlicher Sicherheit folgende Tatsachen feststellen:

1. Die proletarischen Parteien zusammen haben in den slawischen Gebieten ihre in den letzten Wahlen errungenen Positionen gegenüber dem Bürgertum so ziemlich behaupten können. Im deutschen Sprachgebiete haben die bürgerlichen Parteien sehr erheblich auf Kosten der proletarischen Parteien gewonnen. Insbesondere die faschistischen - Nationalsozialisten haben bemerkenswerte Erfolge erzielt, während die tschechischen Faschisten geradezu kläglich abgeschnitten haben.

2. Die sozialdemokratischen Parteien haben schwere Niederlagen erlitten. Die tschechische Sozialdemokratie hat weitaus mehr als die Hälfte ihrer Stärke eingebüßt und noch viel katastrophaler ist die zusammenbruchartige Niederlage der deutschen Sozialdemokratie. In zahlreichen großen Städten hat sie mehr als die Hälfte, ja bis zu zwei Drittel ihres Besitzstandes und noch mehr verloren. So wurden in Komotau an Stelle von 22 Sozialdemokraten nur 6 gewählt, in ihrer unbestrittenen Hochburg Karlsbad, wo die Kommunisten gar nicht kandidierten, statt 14 nur 8, in Brüx statt 12 nur 4, in Teplitz-Schönau statt 16 nur 6 usw. In den slawischen Gebieten konnten diese sozialdemokratischen Verluste durch die Erfolge der Kommunisten ausgeglichen werden, im deutschen Sprachgebiete war dies nicht der Fall. Die Sozialdemokraten haben weit mehr verloren als die Kommunisten gewonnen haben. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß die gesamten Verluste des Proletariats gegenüber den Bürgerlichen um so kleiner sind, je besser in dem betreffenden Gebiete die Kommunistische Partei organisatorisch und durch ihre Presse verankert ist.

3. Die Kommunistische Partei hat sich unbestreitbar als die weitaus stärkste aller proletarischen Parteien erwiesen. Sie hat im slawischen Gebiete die Sozialdemokratie weit überflügelt, sie hat in Nordböhmen ihr unbedingtes Uebergewicht behauptet und sie hat in den Hochburgen der Sozialdemokratie, die bisher als deren unbestrittenes Besitztum galten, starke Breschen

geschlagen, in manchen Orten geradezu überraschende Erfolge erzielt. Im Reichenberger Kreisgebiet erhielten die Kommunisten 717, die Sozialdemokraten nur 146 Mandate, in Nordwestböhmen die Sozialdemokraten 1367, die Kommunisten 417, im ganzen Landbezirk Reichenberg die Sozialdemokraten 30, die Kommunisten 187. In Thyssa bei Bodenbach (!) wurden 15 Kommunisten und kein einziger Sozialdemokrat gewählt.

Dennoch muß festgestellt werden, daß die Wahlen gezeigt haben, daß viele Genossen den Einfluß der Kommunisten vor den Wahlen stark überschätzten, insbesondere im slawischen Gebiet und im Verhältnis zur Sozialdemokratie. Die tschechische Sozialdemokratie, die viele für erledigt hielten, ist eine mittelstarke Partei geblieben, für die sicher neben Kleinbürgern und besser gestellten Angestellten auch noch viele Arbeiter gestimmt haben. Die tschechischen Nationalsozialisten haben nur geringe Einbuße erlitten. Ueber das Kräfteverhältnis zwischen deutschen Sozialdemokraten und deutschen Kommunisten ist noch immer kein zuverlässiger Ueberblick möglich. Aber es ist anzunehmen, daß die deutschen Sozialdemokraten trotz ihrer unerhörten Verluste noch immer etwa zwei- bis dreimal so viel Stimmen erhielten, als die Kommunisten im deutschen Sprachgebiet.

4. Das Wahlergebnis zeigt, daß sich auch in der Tschechoslowakei, wie überall, die Klassengegensätze rasch verschärfen. Die Parteien der Mitte werden auf Kosten der Parteien größerer proletarisch-revolutionärer und bürgerlich-reaktionärer Konsequenzen zerrieben. Im Lager der Bürgerlichen ist bemerkenswert eine Verschiebung zugunsten des agrarischen und noch mehr des klerikalen Flügels, der besonders in der Slowakei in einer Weise erstarkte, die niemand vorausgesehen hat.

5. Die Regierung hat eine schwere Niederlage erlitten und **verfügt nicht mehr über die Mehrheit der Wähler.** Schon bei den Gemeindewahlen ließ sich dies trotz aller Schwindelstatistiken der Regierungsblätter feststellen. Die Gauwahlen in der Slowakei haben aber die Niederlage der Regierung in so überraschender Weise verschärft, daß ein Zweifel nicht mehr möglich ist. Die ganze Regierungsmehrheit im Parlament beträgt 28 Stimmen, beruht also nur auf 14 Mandaten, oder, wenn man die in der Regierung nicht vertretene Gewerbepartei und die Partei der Faschisten hinzu zählt, auf 23 Mandaten. Die tschechischen Sozialdemokraten allein müßten diese 23 Mandate abgeben, wenn man die Gemeindewahlen zugrunde legt, die für die Kommunisten weniger günstig sind als Parlamentswahlen. Die gemeinsame tschechische Sozialdemokratie hatte 74 Abgeordnete, davon sind jetzt 50 im sozialdemokratischen Klub, 24, mit 2 Deutschen, in der kommunistischen Fraktion. Die tschechischen Sozialdemokraten haben etwa die Stimmenzahl der Nationalsozialisten erreicht, die im Parlament 25 Vertreter haben. Ihre Verluste allein machen also, selbst bei Einbeziehung der kleinen tschechischen Parteien, eine Regierungsmehrheit unmöglich. Dazu kommen aber die großen Verluste, die alle Regierungsparteien in der Slowakei erlitten, dazu kommt der Umstand, daß in großen industriellen Zentren nicht gewählt wurde, darunter in den eigentlichen kommunistischen Hochburgen, wie in Groß-Brünn und Göding, daß ferner besonders in der zurückgebliebenen Slowakei, aber auch in den anderen Ländern in tausenden Gemeinden nicht gewählt wurde, weil keine Kandidatenlisten oder nur eine aufgestellt wurde. Die KP. hatte auch die Parole ausgegeben, nur in solchen Gemeinden zu kandidieren, wo wir über eine Organisation verfügen.

6. Die Soldaten, die in der Tschechoslowakei noch das Wahlrecht besitzen, haben in sehr hohem Maße kommunistisch gewählt. Diese Tatsache ist mit Rücksicht auf die Lage in Deutschland ganz besonders wichtig und erfreulich. Die bürgerliche Presse selbst stellt mit großer Bestürzung fest, daß dort, wo die Soldaten gesondert wählten, und deshalb festgestellt werden konnte, wie sie wählten, ein Großteil von ihnen kommunistisch wählte. So erhielten in Uzhorod die Kommunisten von den Soldaten doppelt so viel Stimmen wie die Nationalsozialisten und viermal so viel als die Sozialdemokraten. In Wittingau wählten von 170 wahlberechtigten Soldaten 92 kommunistisch, in Hohenmauth, Caslau, Theresienstadt und Prag übersteigt die Zahl der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen sehr stark die Zahl der für andere Parteien abgegebenen. Selbstverständlich wird schon, wie die Regierungspresse mitteilt, unter Zustimmung der Regierungssozialisten ein Gesetz ausgearbeitet, das den Soldaten das Gemeindewahlrecht rauben soll. Die Kommunisten allein haben es übrigens gewagt, auch unter den Soldaten Wahlagitation zu betreiben und unter ihnen politische Aufklärung zu verbreiten.

Ueber das Gesamtergebnis liegen bis jetzt folgende zusammenfassende Darstellungen vor, die aber nicht nur sehr unvollständig, sondern — da sie aus bürgerlichen Quellen stammen — auch sehr unzuverlässig sind.

In **Böhmen, Mähren und Schlesien** haben in den Gemeinden, in denen auf Grund **mehrerer Listen** gewählt wurde, erhalten (die Zahlen in der Klammer geben die Stärke der Fraktion im Parlament und die Gesamtstimmenzahl bei der Parlamentswahl im Jahre 1920 an):

die tschechischen Sozialdemokraten 286 000 (50 — 1 600 000),
die Kommunisten 381 000 (26),
die Nationalsozialisten 291 000 (25 — 500 000),
die Vrbensky-Gruppe (der wegen der Zustimmung zum Schutzgesetz von den Nationalsozialisten abgefallene und zur Opposition übergegangene linke Flügel, dessen Bedeutung, wie die Wahlen zeigen, sehr überschätzt wurde) 18 000,
die tschechischen Agrarier 336 000 (41);
die tschechischen Klerikalen 443 000 (21),
die Nationaldemokraten 177 000 (19 — 390 000),
die Gewerbepartei 143 000 (7 — 122 000).

Dazu kommen noch etwa 350 000 Stimmen in den Gemeinden, wo nicht gewählt wurde. Von diesen Stimmen rechnete die offizielle Statistik die allermeisten den Agrariern zu.

In dieser Aufstellung fehlen die deutschen Parteien.

In der **Slowakei** erhielten (die Zahlen in der Klammer bedeuten die Stimmenzahl bei den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1919):

die tschechischen Agrarier (reg.) 348 000 (242 000),
die slowakische Volkspartei (opp.) 341 000 (235 000),
die Kommunisten (opp.) 100 000,
die Sozialdemokraten (reg.) 70 000 (500 000),
die Nationalsozialisten (reg.) 14 000 (30 000).

In **Karpathorußland** erhielten von 102 000 Stimmen:

die tschechischen Agrarier 19 000,
die Kommunisten 15 000,
die Sozialdemokraten 14 000,
die Nationalsozialisten 2000,
die autonomistischen Magyaren 4000,
die ungarischen kleinen Landwirte 12 000,
die Juden 7000,
die Christlichsozialen 3000,
die verschiedenen Bürgerparteien (zusammen) 21 000,
die Chleboroppartei (opp.) 3000.

Schon bei diesen Wahlen zeigte sich also ein überaus starker Rückgang aller Regierungsparteien zugunsten der klerikalen oppositionellen slowakischen Volkspartei und der Kommunisten. Das Bild verschob sich aber noch viel stärker zuungunsten der Regierung, als einen Sonntag später in der Slowakei Gauwahlen stattfanden, bei denen die organisatorischen Schwierigkeiten sehr erheblich geringer sind und der Regierungsterror deshalb nicht in gleichem Maße zur Geltung kommen konnte.

Bei diesen Gauwahlen erhielten (die Mandatszahlen sind authentisch, die Stimmenzahlen nur sehr ungenaue Schätzung):

die tschechischen Agrarier (reg.) 50 Mandate, 300 000 Stimmen,
die slowakische Volkspartei (opp.) 69 Mandate, 400 000 St.,
die Kommunisten (opp.) 23 Mandate, 170 000 Stimmen,
die tschech. Sozialdemokraten (reg.) 10 Mandate, 60 000 St.,
die tschech. Nationalsozialisten (reg.) 6 Mandate, 20 000 St.,
die Juden (opp.) 7 Mandate,
die ungarischen kleinen Landwirte (opp.) 8 Mandate,
die ungarischen Christlichsozialen (opp.) 7 Mandate,
die ungarische Opposition 3 Mandate.

Auch die Prager Ortsvertretungswahlen, die einen Sonntag nach den Gemeindewahlen stattfanden, zeigten aus denselben Gründen eine Kräfteverschiebung zugunsten der Kommunisten.

Bei den Gemeindewahlen in Prag erhielten:

die tschechischen Nationalsozialisten 81 000 St., 22 Mandate,
die Kommunisten 67 000 Stimmen, 19 Mandate,
die tschechischen Faschisten 4000 Stimmen, 1 Mandat,
die tschechischen Sozialdemokraten 33 000 St., 9 Mandate,
die Nationaldemokraten 86 000 Stimmen, 23 Mandate,
die deutschen Sozialdemokraten 2000 Stimmen, 0 Mandat,
die Vrbensky-Gruppe 4000 Stimmen, 1 Mandat,
die Juden 8000 Stimmen, 2 Mandate,
die Deutschbürgerlichen 13 000 Stimmen, 4 Mandate,
die Klerikalen 22 000 Stimmen, 6 Mandate,
die Gewerbetreibenden 24 000 Stimmen, 7 Mandate,
die Agrarier 5000 Stimmen, 2 Mandate.

Die sozialistischen Parteien erhielten 51, die bürgerlichen nur 44 Mandate.

Bei den Ortsvertretungswahlen erhielten bei schwacher Wahlbeteiligung die Kommunisten 3000 Stimmen mehr und die Sozialdemokraten 2000 Stimmen weniger als bei den Gemeindewahlen.

Ueber die Stimmenzahlen der deutschen Parteien fehlen noch nähere Angaben. Die deutschen Sozialdemokraten sollen nach einer Schätzung im ganzen etwa 250 000 Stimmen erhalten haben (im Jahre 1920 bei den Parlamentswahlen erhielten sie 700 000

Stimmen!). Nur für **Mähren** macht der bürgerliche „Tagesbote" eine Zusammenstellung, nach der erhielten:

der Bund der Landwirte 26 000 Stimmen,
die Christlichsozialen 22 000 Stimmen,
die Nationalpartei 10 000 Stimmen,
die Gewerbepartei 9000 Stimmen,
die Nationalsozialisten (Hakenkreuzler) 7000 Stimmen,
die Sozialdemokraten 30 000 Stimmen,
die Juden 2000 Stimmen.

Aus diesen bürgerlichen Angaben geht hervor, daß die KPTsch. mindestens 600 000 Stimmen erhalten hat. Dabei sind nicht mitgerechnet die zahlreichen Stimmen, die die kommunistische Kleinbauern-Liste auf sich vereinigt.

In dem Wahlergebnis ist das Wirken einer ganzen Reihe von Umständen deutlich zu bemerken. Die Empörung über die kapitalistische Regierungspolitik, die Enttäuschung breiter Massen über das völlige Versagen der Sozialdemokraten, das Zurückfluten zahlreicher Mitläufer der revolutionären Welle ins bürgerliche Lager, ein Erstarken des Nationalismus in den arbeitenden Schichten der unterdrückten Nationen. Es kommt auch in Betracht, daß in den national gemischten Gebieten der internationale Charakter der kommunistischen Kandidatenlisten manche Wähler abschreckte, die sonst sicherlich mit uns sympathisieren. Auch haben wir den Wahlkampf so geführt, daß uns dabei die Aufklärung der während einer Wahlbewegung zugänglicheren Massen wichtiger war als die Gewinnung von Stimmen.

Die Wahlen haben unsere Partei auf eine ganze Reihe von Mängeln unserer Organisation und auch unserer Taktik aufmerksam gemacht. Insbesondere die Notwendigkeit der Agitation unter den Bauern und unter dem Mittelstand, sowie eine entsprechende Stellungnahme zur Frage des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung hat sich sehr klar gezeigt.

Im großen Ganzen kann man sagen, daß das Wahlergebnis die allzu optimistische Schätzung unserer Kraft wohl korrigiert hat, daß es aber in noch viel stärkerem Maße unseren Gegnern gezeigt hat, daß sie uns gewaltig unterschätzen. Die Wahlen haben uns gezeigt, daß wir die gerade jetzt so überaus wichtige Aufgabe der Gewinnung der Mehrheit des Proletariates noch vor uns haben, daß wir aber so stark und in den Massen fest verwurzelt sind, daß wir an diese Aufgabe mit froher Zuversicht herantreten und auch allen anderen Aufgaben der nächsten Zeit ohne Bangen entgegensehen können.

Arbeiterbewegung

Der internationale Kongreß der Lebensmittelarbeiter.

Von A. Arn (Moskau).

** Der Kongreß hat aus dem Grunde ein besonderes Interesse, weil die Union der Lebensmittelarbeiter zu den wenigen internationalen Vereinigungen gehört, in deren Mitte sich Russen befinden. Der Kongreß wurde am 30. September in Brüssel eröffnet und tagte bis zum 2. Oktober. Der Vorsitzende der Internationale und der belgische Vertreter hoben in ihren Begrüßungsansprachen die Anwesenheit der russischen Delegation hervor. Im Namen dieser streifte Genosse Kroll in seiner kurzen Begrüßungsantwort die politische Situation. Nach diesem „Vorgefechtsfeuer" wurde der erste Tag der Frage der Aufnahme des russischen Verbandes gewidmet. Im Feuer der Debatte schälten sich drei Gruppen heraus. Die extreme Rechte bestand aus den Holländern, Franzosen, Belgiern und aus einem Teil der Tschechoslowaken. Dem Zentrum gehörten die Schweizer, die Mitglieder der Exekutive (Schifferstein, Wilhelm, Büche und andere) an und der linke Flügel zählte außer uns noch einen Schweizer, die Norweger und einen Teil der Schweden. Die englische Delegation war politisch unkristallisiert, bei allen wichtigen Abstimmungen ging sie mit der Mehrheit.

Der rechte Flügel trat ganz entschieden gegen die Aufnahme des russischen Verbandes auf. Die Holländer unterbreiteten den Kongreßdelegierten eine Denkschrift gegen die Aufnahme, die sich beim ersten Blick als ein Machwerk Amsterdams erkennen läßt, dessen geistiger Vater offenbar Oudegeest ist. Die Denkschrift gipfelt in den Satz: die Russen nehmen sofort die ganze Hand, wenn man ihnen einen Finger reicht.

Der Franzose Savoie unterstützte voll und ganz den Holländer und setzte sich sehr gegen die Aufnahme des russischen Verbandes ein. Das Zentrum wollte auf jegliche Weise mit uns die Beziehungen nicht verderben. Aber da wir ganz entschieden erklärten, daß wir keine besonderen Vorbedingungen für den russischen Verband anerkennen, verfaßten Schifferstein, Wilhelm und andere eine Formel, mit der sie gleichzeitig uns zufriedenstellen und auch mit den Rechten in Frieden bleiben wollten. Es hieß da: der russische Verband wird aufgenommen, aber das Statut wird in dem Sinne geändert, daß es den angeschlossenen Verbänden nicht erlaubt ist, irgend welche Zentralpunkte, wie z. B. internationale Propagandakomitees, zu schaffen oder Organe wie der „Rote Lebensmittelarbeiter" herauszugeben. Schon während der Vorverhandlungen mit dem Präsidium erklärte die russische Delegation ganz entschieden, daß sie solche Formeln als unannehmbar erachtet. Zu guter Letzt schlugen Schifferstein und Wilhelm eine Formulierung vor, die u. a. besagt: „Zur Erledigung der Aufgaben der Union sind einzig ihre Organe zuständig. Jede Bildung von Nebenzentralen sowie jede organisatorische Bindung einzelner Verbände zum Zwecke der Bekämpfung der Union ist unzulässig. Die Herausgabe von Publikationen internationalen Charakters ist den angeschlossenen Organisationen untersagt."

Wilhelm erklärte offiziell, daß dies keine Bedingungen sind, die man dem russischen oder bulgarischen Verbande vorlegt, sondern daß es nur eine Auslegung der Satzungen sei, die sich auf alle der Internationale angeschlossenen Verbände bezieht.

Ueber diesen Vorschlag wurde zweimal abgestimmt. Das erstemal wollte man sich nur orientieren, welcher Auffassung sich der Kongreß zuneigt: ob man den russischen Verband ohne irgend welche Aenderungen des Statuts aufnimmt, oder ob er nach dem Vorschlage des Vorstandes in der Internationale aufgenommen wird. Bei dieser Abstimmung ergaben sich 33 Stimmen für den Vorschlag des Vorstandes und 10 dagegen (die Stimmen der Rechten, die überhaupt gegen die Aufnahme waren). Die Debatte wurde im Sinne einer Interpretation des Statuts fortgesetzt. Die endgültige Abstimmung wurde nach der offiziellen Erklärung der russischen Delegation vollzogen. Diese betonte nochmals, daß sie eine Aufnahme ohne Bedingung fordert, daß sie ihrer Meinung in der Frage des Statuts später Ausdruck gäbe, wenn der Kongreß zum entsprechenden Punkt der Tagesordnung schreiten wird. Die zweite Abstimmung ergab 22 Stimmen für die Aufnahme mit der Interpretation des Statuts im Sinne des Vorstandes und 20 dagegen. **Der deutsche Delegierte Dirrmeier gab seine 10 Stimmen der Rechten und stimmte mit ihnen gegen die Aufnahme des russischen Verbandes.** Für die Aufnahme stimmten alle Skandinavier, ein Teil der Tschechoslowaken, die Engländer und teilweise die Schweizer.

Am nächsten Tage veröffentlichte „Le Peuple" eine Mitteilung über den Kongreß, aus der hervorging, daß der russische Verband mit Vorbedingungen aufgenommen worden sei. Die russische Delegation forderte daraufhin vom Präsidium, daß es offiziell die Unrichtigkeit der veröffentlichten Mitteilung bekannt mache. Wilhelm gab die entsprechende Erklärung und betonte, daß die offizielle Richtigstellung später erfolgen wird, und hob noch einmal hervor, daß man dem russischen und dem bulgarischen Verbande keine Vorbedingungen gestellt hat.

Nach der Beschlußfassung in der russisch-bulgarischen Frage verschlechterte sich das Verhältnis zwischen dem Zentrum und den Rechten. Der nächste Konflikt entstand in der Statutenkommission, der einzigen, die der Kongreß gewählt hat. Anfänglich wollte das Präsidium in diese Kommission nur vier Mann entsenden. Aber nach dem Vorschlage der russischen Delegation wurde sie auf 7 Delegierte vergrößert und Genosse Kroll wurde in sie entsandt. Es ist charakteristisch, daß Dirrmeier im Namen des Präsidiums die Notwendigkeit einer Viermänner-Kommission damit verteidigte, daß eine größere Zahl von Personen der Arbeit nur hinderlich sein würde; auf dieselbe Weise argumentierte Schifferstein seinen Unwillen, einen Russen in das Präsidium hineinzunehmen.

In der Statutenkommission unterbreiteten wir einen Entwurf mit einer Auslegung des Statuts, die, wenn sie sich auch im großen ganzen dem obenerwähnten Vorschlag des Präsidiums näherte, den Reformisten dennoch weniger Spielraum zu einer willkürlichen Interpretation ließ. Darauf platzten die Geister aufeinander, alle Gegensätze kamen zum Durchbruch und die Kommission wurde gesprengt. Im Plenum las Schifferstein den Vorschlag des Präsidiums in seiner ersten Redaktion vor und sagte kein Wort über die „Tätigkeit" der Kommission. Die Mitglieder der Kommission, ihr Vorsitzender Büche und Dirrmeier, schwiegen auch, aber die Holländer und der Franzose ließen ihre Forderungen nicht fallen. Es entstand wieder eine Debatte. Nielsen, ein alter Sozialdemokrat und Reformist, erklärte, daß Amsterdam in der letzten Zeit sehr viel Dummheiten auf dem Gewissen habe. Er sprach sich gegen die Blockade der russischen Gewerkschaften aus und machte dem Kongreß bekannt, daß er als Mitglied des dänischen Parlaments zweimal für die Wiederherstellung der Beziehungen mit Sowjetrußland gestimmt hat. Zu guter Letzt fiel das scharfmacherische Amendement der Holländer und Franzosen durch. Daraufhin wurde der Vorschlag der russischen Delegation über die gegenseitigen Beziehungen der Union der Lebensmittelarbeiter zu der Amsterdamer Internationale und der Roten

Gewerkschafts-Internationale besprochen. Die Union dürfe sich weder der einen noch der anderen anschließen, sondern müsse mit beiden in Beziehungen stehen. Das wurde angenommen. Die Holländer und Belgier fuhren aus der Haut. Der Belgier erklärte, daß, wenn es so weitergehen würde, seine Organisation genötigt sei, die Union zu verlassen. In der Abstimmung wurde trotzdem der russische Vorschlag angenommen, und als über das ganze Statut abgestimmt wurde, erklärte sich ein Holländer dafür, ein anderer aber dagegen. Die russische Delegation betonte bei dieser Gelegenheit die Spaltungstendenzen des rechten Flügels, wobei sie selbst für das Statut stimmte.

Bei dem Antrag der russischen Delegation, die Stelle in der Entschließung betr. den Boykott zu streichen, die forderte, daß jeder Boykott durch die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale bestätigt werden müsse, entstand wieder eine heiße Debatte. Man beschloß, daß die Durchführung internationaler Aktionen mit den entsprechenden Organisationen koordiniert sein müsse.

Das systematische Ausmerzen der Amsterdamer Tendenzen aus dem Statut und den Resolutionen verschärfte in großem Maße das Verhältnis zwischen dem Zentrum und der Rechten. Am Ende des Kongresses verschob sich aber das Zentrum ein wenig nach rechts. Als man nämlich den russischen Vorschlag einer Aufforderung an die Lebensmittelarbeiter aller Länder zur Unterstützung der revolutionären Bewegung in Deutschland besprach, eilten die Reformisten aus dem Zentrum mit „konkreten Vorschlägen" herbei: den deutschen Lebensmittelarbeiter-Verbänden materielle Hilfe zu gewähren. Schifferstein erklärte, daß das Papier, auf dem man die längste Resolution niederschreiben wird, noch keineswegs irgendwelchen Nutzen bringen muß; die finanzielle Unterstützung der Verbände sei viel nützlicher. Die russische Delegation erwiderte darauf, daß sie gänzlich damit einverstanden ist, die deutschen Verbände zu unterstützen, aber **erhob Protest gegen die Verschiebung der Frage auf die Linie des Nur-Gewerkschaftertums.**

Schlechter war es mit der Bulgarischen Frage bestellt. Die russische und skandinavische Delegation unterbreiteten dem Kongreß den Entwurf eines Aufrufes an das kämpfende bulgarische Proletariat. Nach einer neuerlichen Debatte ist der Aufruf mit 17 gegen 14 Stimmen — durchgefallen.

Noch einmal fiel das Zentrum um. Als die Frage der unitarischen Föderation in Frankreich debattiert wurde — noch bei Abwesenheit ihres Vertreters —, beschloß man, zu dem nächsten Tagesordnungspunkt überzugehen. Der Vorstand versprach dagegen, mit den beiden Föderationen in Beziehungen zu treten, um die Einheit wiederherzustellen. Nach dem Eintreffen des Genossen Jung, des Vertreters der Föderation, galt die Frage schon für „erledigt". Die Kongreßmehrheit, dank der Unterstützung des Zentrums, hat ihm das Wort abgeschnitten. Als Resultat des Kongresses kann man feststellen: Die Russen erhielten einen Sitz im Präsidium, die Bulgaren einen Kandidaten[illegible]en. Mit den Gen. Ormianer (Zürich) und einem Skandinavier kann man die Zahl der Vorstandsmitglieder, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, auf 3 oder 4 schätzen. Man kann hoffen, daß die Union in den Reihen der Internationale einen Platz auf der Linken einnehmen wird.

Die spanischen Reformisten arbeiten mit der Militärdiktatur zusammen.

** Wie aus Madrid gemeldet wird, hatte kürzlich der frühere sozialistische Abgeordnete Planeza, Sekretär des reformistischen Bergarbeiterverbandes, eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des militärischen Direktoriums, und zwar unter dem Vorwand, sich mit Primo de Rivera über die Arbeitsverhältnisse im Bergbau zu verständigen. Nach den Erklärungen und Handlungen der gegenwärtigen spanischen Machthaber bedeutet jedes Zusammengehen mit ihnen einen Verrat am Proletariat. Die Erregung, die in Spanien durch die Verhandlungen des sozialistischen Führers mit dem Diktator entstanden ist, läßt sich also begreifen. Selbst die bürgerliche Oppositionspresse verurteilt die Handlungsweise Planezas. Die Vorstände der Sozialistischen Partei und des reformistischen Gewerkschaftsbundes haben eine jammervolle Erklärung erlassen, um das Verhalten Planezas zu decken. Sie geben zu, daß Planeza mit dem General Primo de Rivera über die Fragen des Bergbaues verhandelt hat. Aber durch ein solches Verhandeln würden die berechtigten Interessen der Arbeiterklasse nicht gefährdet! Dem offenen Kampf gegen die Militärdiktatur, zu dem die Kommunisten, Anarchisten und Syndikalisten Spaniens sie aufforderten, ziehen die reformistischen Führer Spaniens die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie vor.

Aus der Internationale

An die Arbeiter u. Bauern Bulgariens

Ein Offener Brief Kolarows und Dimitrows.

Liebe Genossen!

** Nach den großen revolutionären Kämpfen, die vorläufig mit einem Mißerfolg für die Volksmassen endeten, wurden wir gezwungen, gemeinsam mit vielen anderen Kämpfern ihre Mitte zu verlassen, um der großen Sache unseres Volkes weiter dienen zu können. Trotzdem wir uns weit von ihnen befinden, zwingt uns die Pflicht und die Rolle, die wir bei diesen Kämpfen zu spielen hatten, uns mit diesem Offenen Brief an Euch zu wenden.

Und das erste Wort, daß wir an Euch richten, ist: **Kopf hoch! Die blutige Rache des um seine Macht zitternden weißgardistischen Packs wird den Kampfgeist der arbeitenden Massen in Bulgarien nicht töten können. Die Niederlage wird uns lehren, wie wir siegen können. Trotz alledem wird die Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien kommen!**

Eben die Parteien der Kapitalisten und Ausbeuter, die andauernd nach „Ordnung und Gesetzlichkeit" schreien, führten am 9. Juni einen Staatsstreich durch und stifteten auf diese Weise den Bürgerkrieg an. Die Ereignisse im September sind nur eine große Episode des Bürgerkrieges, der nicht anders enden kann als mit dem völligen und endgültigen Sieg des arbeitenden Volkes über seine blutigen Unterdrücker und Ausbeuter.

Die Bauern und Arbeiter Bulgariens hatten zwei große politische Organisationen zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen: der Volksbauernbund und die KP. Bulgariens.

Die weißgardistische Regierung benutzte ihren letzten Sieg vom 9. Juni, um dem Bauernbund einen großen Schlag zu versetzen. Alle seine Führer in den Städten und Dörfern wurden verhaftet, viele von ihnen meuchlings und barbarisch ermordet. Tausende von Arbeitern und Bauern wurden als Aufrührer schwer mißhandelt, in die Gefängnisse gesteckt und der Henkerjustiz der Klassen-Rache ausgeliefert. Der Bauernbund selbst, der die größte politische Organisation im Lande darstellte, wurde aufgelöst, seine Zeitungen wurden verboten, seine Besitztümer beschlagnahmt. Jede politische Tätigkeit wurde ihm untersagt.

In dem Glauben, daß die Gefahr seitens des Bauernbundes beseitigt ist, richtete die Regierung der Generale und Bankiers ihre Augen auf andere Massenorganisationen des arbeitenden Volkes — die Kommunistische Partei Bulgariens. Schon gleich nach dem 9. Juni ließ sie eine große Anzahl Kommunisten wegen ihrer Teilnahme an dem Kampf gegen die Umstürzler verhaften und setzte diese einem schwereren Schicksal aus als die Bauernbündler. Mit ihrer Offiziersliga und anderen illegalen faschistischen Organisationen setzte sie die Verfolgungen gegen die KPB. fort. Es ist jedem bekannt, wie eines Nachts alle kommunistischen Funktionäre in Tirnowo von der Polizei festgenommen, nach den Kasernen geschleppt und dort bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt wurden. Es ist Euch auch der Ueberfall der faschistischen Banden in Berkowiga bekannt, wo unter dem Schutze der Behörden die kommunistisch gesinnte Bevölkerung in diesem Kreise wochenlang einem unbeschreiblichen Terror ausgesetzt wurde. Es wären noch unzählige solcher Ueberfälle faschistischer Banden in verschiedenen Städten und Dörfern aufzuzählen. Die ganze arbeitende Bevölkerung, die sich nicht mit der neuen tyrannischen Regierung abfinden konnte, lebte unter fortwährenden Mißhandlungen, Drohungen und Vergewaltigungen. Kein Dorf war seiner Ruhe, kein Arbeiter und Bauer war seines Lebens sicher.

In derselben Zeit verstärkte sich die Ausbeutungs- und Profitgier der Bourgeoisie, die die Macht zu ihrer Bereicherung ausnutzte. Da rührten sich auch die Großagrarier, um den vom Staate abgenommenen Boden wiederzubekommen; die Großgrundbesitzer in den Städten erhoben sich, um volle Freiheit bei der Ausplünderung der Mieter zu erlangen; die großen Schieber und Exporteure legten ihre Hände auf die Bankmittel, um den armen Arbeiter und Bauern auszuplündern — mit einem Wort: die Stadtbourgeoisie und die Großagrarier wurden völlig Herren des Landes und des Volkes. Auf die Volksmassen wirkte besonders die Kriegspolitik der Regierung, die aus den alten nationalistischen und kriegerischen Parteien zusammengesetzt ist, die das Volk in zwei blutige Katastrophen stürzten. Die dauernden Konflikte mit Sowjetrußland und den Nachbarstaaten erweckte in den Volksmassen die Angst, daß sie in einen noch katastrophaleren Krieg verwickelt werden.

In dieser Lage mußte die um die Macht vereinigte Bourgeoisie Wahlen vornehmen, um ihre Position gesetzlich zu legalisieren. Solange aber die Kommunistische Partei fest auf ihrem Posten stand und tapfer die Interessen des ganzen arbeitenden Volkes verteidigte, hatte die Bourgeoisie keine Hoffnung, das Vertrauen des Volkes zu erhalten. Die Gefahr für sie wurde um

so größer, als die KPB. die Einheitsfront der Arbeitenden in Stadt und Land proklamierte, dem Bauernbund brüderlich die Hand reichte, ihm zum Wiederaufbau seiner zerstörten Organisationen verhalf und auf diese Weise in der Praxis den Bund zwischen den städtischen Arbeitern und der arbeitenden Landbevölkerung besiegelte. Die gleichen Interessen und das gleiche Elend der armen Stadt- und Landbevölkerung verbündeten tatsächlich den Bauernbund mit der KP. in unserem Lande. Die faschistische Regierung der Generale, Bankiers und Professoren entschloß sich deswegen, die KPB. zu provozieren und mit ihr so abzurechnen, wie sie es mit dem Bauernbund getan hat.

Zu diesem Zweck erfand die Regierung die falsche Beschuldigung, daß die KP. am 16. September einen Umsturz vornehmen will, und daß sie, um das zu verhindern, die Massenverhaftungen vorgenommen habe.

Wir, die eine verantwortliche und führende Stelle in der KP. Bulgariens bekleiden, erklären in diesem historischen Moment, daß die KPB. keine allgemeine oder teilweise bewaffnete Aktion gegen die Regierung für den 16. und 17. September oder für irgendwelches andere Datum festgesetzt hat. Im Gegenteil bereitete sich die KPB. täglich für den Wahlkampf vor, weil es allgemein bekannt war, daß die arbeitende Mehrheit des Volkes mit dem Bauernbund und der KPB. an der Spitze die Usurpatoren bei freien Wahlen ohne weiteres stürzen und ihre Arbeiter- und Bauernmacht errichten würde. Die Regierung, die das ganze Parteiarchiv beschlagnahmte, konnte keine Beweise für einen solchen Beschluß finden, und sie wird keine Beweise finden, weil sie nicht bestehen, wenn sie, die Regierung, nicht selbst solche Beweise verfaßt. Sie brauchte aber einen Vorwand, um mit der KPB. abzurechnen, und sie fand diesen Vorwand in einer Erfindung, ohne über die schweren Folgen einer solchen Provokation des ganzen Volkes nachzudenken.

Der Schlag gegen die KPB., die Verhaftung Tausender ihrer Funktionäre in Stadt und Land, das Schließen der Arbeiterklubs, die Auflösung der Gewerkschaften und Arbeitergenossenschaften, die Beschlagnahme ihrer Archive, das Verbot der ganzen kommunistischen und gewerkschaftlichen Presse, das Verbot jeglicher kommunistischer Agitation und jeder Bewegung der Kommunisten und Arbeiter in den Dörfern — das alles ließ das Glas der Geduld überfließen. Für alle wurde es klar, daß die Regierung keinen legalen Kampf zulassen wird. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die breiten Volksmassen fühlten sich getroffen und bedroht. Viele von den gesuchten Kommunisten aus den Dörfern, die verhaftet werden sollten, flüchteten in die Gebirge, gefolgt von vielen Sympathisierenden. Die weißgardistische Regierung erklärte sie einfach als Räuber und schickte ihnen zu ihrer Vernichtung Truppenabteilungen nach.

Die KPB. beschloß, diesen Schlag der Regierung mit einem 24stündigen Protest-Generalstreik und mit Massenprotest-Versammlungen im ganzen Lande zu beantworten. Die Regierung aber brachte alle ihre Kräfte in Bewegung, um diesen Protest zu ersticken. Es kam in Sofia und in anderen Städten zu blutigen Zusammenstößen, die durch die Brutalität der Behörden verursacht worden waren. Der allgemeine und nie dagewesene Terror verschärfte die allgemeine Empörung unaufhörlich, vermehrte die blutigen Zusammenstöße, bis diese den Charakter von Volksaufständen gegen die zügellose und dem ganzen Volke den Krieg erklärende Macht annahm.

In diesem kritischen Moment, als die Regierung jede Möglichkeit zum legalen Kampf erstickte, und sich die Volksmassen in vielen Orten spontan und stürmisch erhoben, wurde die KPB. vor die Alternative gestellt: soll sie die Massen allein aufstehen und teilweise niederschlagen lassen oder soll sie sich an ihre Seite stellen und versuchen, die Bewegung zu verallgemeinern, sie zusammenzufassen und ihr eine politische und organisatorische Führung zu geben? Die KPB. entschloß sich für das zweite, trotzdem sie sich aller Schwierigkeiten des Kampfes und der organisatorischen Mängel bewußt war. Als Partei des arbeitenden Volkes konnte sie nichts anderes tun, als die Sache des Volkes zu ihrer eigenen zu machen und bei den schwierigsten Bedingungen die Parole für das allgemeine Handeln im ganzen Lande gemeinsam mit dem Bauernbund am 23. September herauszugeben.

Wie war diese Parole? Das ganze Volk weiß, daß sie den Sturz der jetzigen weißgardistischen Umstürzler- und terroristischen Regierung und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung verlangte. Der Kampf ging nicht um Errichtung der Diktatur und um die Einführung der Sowjetmacht in Bulgarien, wie es die bulgarische Regierung absichtlich verbreitete, sondern der Kampf ging gegen die wütende Militärdiktatur und für eine breite, sich aus der Mitte des arbeitenden Volkes entwickelnde demokratische Regierung. Nirgends, wo im Laufe des Kampfes das aufgestandene Volk die Macht ergriff, wurde die Sowjetmacht errichtet, wie die Regierung lügt; es wurden nur allgemeine Revolutions-Komitees der Arbeiter- und Bauernregierung gebildet.

Wenn die KPB. diese Parole herausgab, so wurde sie von den Massen, die mit ihr sind, sowie auch von den Bauern, die dem Bauernbund anhängen, befolgt, also von der ganzen arbeitenden Bevölkerung. Das ganze arbeitende Volk erhob sich mit unbeschreibbarem Enthusiasmus wie ein Mann, um seine politische Freiheit zu erkämpfen, um seine Interessen zu verteidigen, und seine eigene Macht zu errichten.

Die revolutionären Kämpfe im September waren im vollen Sinne des Wortes eine allgemeine Volksbewegung und trugen die besonderen Zeichen einer solchen Bewegung, die die Verwirklichung ihrer Ideale erstrebt. Nirgends hat das Volk Ausschreitungen, Plünderungen und Akte persönlicher Rache begangen. Die Banken wurden am strengsten bewacht, alles Eigentum wurde unangetastet gelassen. Die wenigen Feinde der Revolution in einigen Orten wurden nur durch Verhaftung unschädlich gemacht, nirgends aber wurden sie mißhandelt oder ermordet — kein Haar wurde ihnen gekrümmt. **Es ist eine Verleumdung, daß außerordentliche Kommissionen eingesetzt wurden und daß Todesurteile gefällt wurden.** Die Gefangenen wurden geschont, die Verletzten von beiden Seiten wurden mit größter Sorgfalt gepflegt und sogar das Leben der Gefangenen der von der Regierung gegen das aufgestandene Volk geschickten wrangellistischen Banden wurde hochherzig geschont.

Nach etwa zwei wichtigen heldenmütigen Kämpfen wurde der Volksaufstand von der Regierung, die über eine große Menge von Artillerie, Maschinengewehren und Flugzeugen verfügte, und eine große Anzahl Banden mobilisiert hatte, die aus Reserveoffizieren und Unteroffizieren sowie aus Tausenden in Bulgarien weilenden Wrangelschen Konterrevolutionären bestand, niedergeschlagen, da das Volk sehr schwach bewaffnet war.

Einmal Herr der Lage geworden, ging die von Todesangst ergriffene Bourgeoisie über zu ihrer haßerfüllten Rache an das arbeitende Volk, das die Grundpfeiler seiner Herrschaft zu erschüttern wagte. Vor unseren Augen begannen die wildgewordenen Banden das Massenabschlachten des aufgestandenen Volkes, sie schonten nicht einmal die friedliche Bevölkerung, die Frauen und Kinder.

Wir wollen aber heute nicht über die blutige Rache der jetzt siegreichen Weißgardisten sprechen. Ihr, die Ihr unter den Schlägen dieser Rache schmachtet, kennt sie besser als wir. Diese Rache ist grausam, barbarisch, tierisch wild, sie wird mit ihrer Grausamkeit die Greueltaten der Weißgardisten in allen Ländern übertreffen. Sie wird aber die blutige Kluft zwischen der Klasse der Unterdrücker und Ausbeuter einerseits und dem arbeitenden Volk andererseits noch mehr vertiefen.

Und nie, nie wird es zwischen ihnen Frieden geben!

Nur der Sturz der blutigen Macht der Bankiers und der monarchistischen Generale und die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung wird den Volksmassen Befriedigung geben und dem Lande Ruhe bringen.

Liebe Genossen! Wir haben gemeinsam für die große Sache gekämpft. Heute sind wir besiegt. Der Kampf ist aber nicht beendet und der endgültige Sieg ist näher, als es unsere Feinde denken. Das arbeitende Volk Bulgariens wird sich niemals mit der weißgardistischen Macht einer verschwindenden Minderheit von Usurpatoren abfinden. Aus der Niederlage werden wir die nötige Lehre ziehen, und morgen werden wir stärker sein als gestern! Unseren Feinden aber wird der Boden täglich mehr und mehr unter ihren Füßen verschwinden.

Erfüllt vom festen Glauben an unsere große Sache, die eine heilige Volkssache ist, werden wir und alle Arbeitenden wie Helden die Schmerzen und Qualen der Niederlage ertragen, und mit größter Energie und gehobenem Enthusiasmus werden wir uns wieder in den Dienst unserer Sache stellen. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir gesiegt haben!

Wir werden unsere zerstreuten und undicht gewordenen Reihen wieder zusammenschließen. Wir werden bald zur Heilung unserer Wunden kommen.

Mit gemeinsamen Anstrengungen und Opfern werden wir den Hinterbliebenen Witwen und Waisen, den notleidenden Familien der ins Ausland vertriebenen Kämpfer helfen.

Wir werden unsere Kräfte nicht in einzelne terroristische Akte zersplittern, indem wir uns dessen bewußt sind, daß wir nur durch den organisierten Kampf des arbeitenden Volkes siegen werden und daß der Sturz der weißgardistischen Regierung und der endgültige Sieg der Arbeiter- und Bauernmacht die beste Rache an den Volksfeinden sein wird.

Besonders werden wir den Bund aller Arbeitenden von Stadt und Land aufrechterhalten und befestigen. Dieser Bund wurde durch das vergossene Blut von Hunderten und Tausenden der für die Volkssache gefallenen Helden in den Septemberkämpfen besiegelt.

Keine Mißstimmung! Keine Verzweiflungen und kein Kleinmut!

Köpfe hoch, tapfere Kämpfer!
Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!
Es lebe das arbeitende Volk Bulgariens!

Oktober 1923.

Georgi Dimitrow.
Wassil Kolarow.

Unsere Probleme

Die Bauernschaft und die Arbeiterklasse in der nächsten historischen Periode.

Von N. Bucharin (Moskau).

** In **Sowjetrußland**, in der ganzen Sowjetunion lautet die Parole der Parolen: der **Zusammenschluß** (Smütschka) zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. In **Bulgarien** führt der Block der Arbeiter und Bauern einen heldenhaften Kampf gegen die Zankow-Regierung. In **Deutschland** entstehen Bauernverbände, die mit der Kommunistischen Partei, der Arbeiterklasse Hand in Hand marschieren. In allen Sektionen der Komintern ist die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung in den Vordergrund getreten. In den **Vereinigten Staaten Amerikas** ist der Block der Arbeiter und Farmer ebenfalls eine reale Tatsache des politischen Lebens. In **Japan** haben die Arbeiter die Führung der Bewegung der kleinen Landpächter usw. Endlich befindet sich die ganze Arbeiterschaft des industriellen **Westens** im Bündnis mit dem bäuerlichen Osten.

Es ist der Mühe wert, über diese Tatsachen nachzudenken. Ihre Bedeutung ist so groß, daß es unerläßlich ist, uns mit dieser Frage folgerichtig auseinanderzusetzen.

Daß die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zwei besondere Klassen bilden, unterliegt keinem Zweifel. In bestimmten historischen Perioden befand sich die Bauernschaft öfter an der Seite der Bourgeoisie und oft zertraten die Stiefel der Dorfparias die Köpfe städtischer Proletarier. Trotzdem geht heute die Bauernschaft (wir lassen hier die praktisch wichtige Frage über die verschiedenen Schichten innerhalb der Bauernschaft beiseite), also wenigstens ein Teil der Bauernschaft, mit dem Proletariat.

Vor allem müssen wir uns eine historische Analogie vergegenwärtigen. Die industrielle Bourgeoisie und der Gutsbesitzeradel sind auch zwei besondere Klassen. Der Gutsbesitzer ist eine Kategorie der feudalen Welt, ist ihr Vertreter, er ist die soziale Spitze ihrer Zivilisation. Der industrielle Bourgeois ist der Träger einer anderen kapitalistischen Gesellschaft, ihr Beherrscher, Leiter, ihr Kopf. Es gab eine Zeit, da die industrielle Bourgeoisie die Fahne des Aufstandes gegen die Gutsbesitzer erhob, und durch Bauernverbände Feuer an die Meierhöfe der Gutsbesitzer legen ließ (Frankreich). Der Kampf zwischen den Tory und den Whigs in England ist ein Schulbeispiel des Klassenkampfes zwischen den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie. Und dennoch ist heute in einem anderen historischen Zusammenhange **der Block des Kapitalisten und des Gutsbesitzers**, selbst des halbfeudalen Gutsbesitzers, eine reale **Tatsache**. Die führende Rolle gehört den Kapitalisten. Sie haben die Staatsorganisation in ihren Händen. Sie „leiten" die ganze kapitalistische Gesellschaft mit ihrem halbfeudalen Schweif. Und die Junker unterstützen ihre Verbündeten, stehen für sie ein, bilden ihre Stütze. Je weiter die kapitalistische Evolution vorwärts schreitet, um so mehr paßt sich der feudale Gutsbesitzer dem Kapitalisten an, um so mehr wird der Gutsbesitzer „kapitalisiert", um so schneller verwandelt sich die Wirtschaft des Gutsbesitzers **im Evolutionswege** in eine kapitalistische Wirtschaft.

Heute ist die kapitalistische Führung der Gesellschaft unmöglich geworden. Diese Wahrheit bahnt sich ihren Weg durch Kriege, durch wirtschaftliche Verfallserscheinungen, durch Revolutionen. **Und in dem Maße, in dem die Führung der Gesellschaft in die Hände des Proletariats übergeht, entsteht und befestigt sich der Block der beiden arbeitenden Klassen, der Arbeiterklasse und der Bauernklasse.**

Die führende Rolle gehört sowohl vor, als auch nach dem Umsturz dem Proletariat, die Staatsorganisation befindet sich in seiner Hand. Die Bauernschaft unterstützt diesen Verbündeten und bildet für ihn eine breite Stütze. Je schneller das Wirtschaftsleben ins normale Geleise kommt, um so schneller wird sich die Bauernschaft dem Proletariat anpassen. Die Bauernschaft wird im **Evolutionswege** (mittels des Zirkulationsprozesses, des Staatskredits, der Genossenschaften usw.) allmählich in die gesamtsozialistische Organisation der Gesellschaft „hineinwachen". Solange der individualistische Charakter der Bauernschaft nicht vollkommen verschwunden ist, nimmt die sozialisierte Industrie den riesigen kleinbäuerlichen Schleppzug in ihr Schlepptau. Mit andern Worten: Wenn wir die Uebergangsperiode (die Periode der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und die Periode der Diktatur des Proletariats) von dem Gesichtspunkt der Klassenumgruppierungen aus betrachten, so können wir sagen, daß der Block der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie durch den Block der Arbeiter und Bauern abgelöst wird.

Eine sehr lange historische Periode der menschlichen Entwicklung wird in dieser Weise in dem Zeichen von Sichel und Hammer ablaufen. Der Block der Arbeiter und Bauern wird sich in der nächsten Zukunft zum entscheidenden Faktor der Weltgeschichte ausgestalten.

Weisser Schrecken

Gegen die Todesurteile im Dato-Prozeß!

** Obwohl der Gang der Beweisaufnahme im Madrider Prozeß für die Anklage vernichtend war, haben die Richter der Militärdiktatur die Genossen Mateu und Nicolau zum Tode verurteilt. Die Schändlichkeit dieses Urteils mag man an einem Artikel ermessen, den der Pariser „Temps" am 10. Oktober über den Dato-Prozeß veröffentlichte. In diesen großkapitalistischen, durch und durch arbeiterfeindlichen Organ des Herrn Poincaré war folgendes zu lesen (der Artikel erschien vor Fällung des Urteils):

„Die Verhandlungen des Dato-Prozesses sind erledigt, man kann sagen, daß das Urteil, ganz gleich wie es ausfällt, niemand befriedigen wird. Kommt es zu einem Freispruch, so wird man bedauern, daß die Polizei nicht imstande war, Casanellas und die wirklichen Urheber des schrecklichen Attentats zu verhaften. Sollte aber das Gericht die beiden Angeklagten Mateu und Nicolau dem Henker ausliefern, so wird man dieses Schicksal von zwei Männern bedauern, deren Schuld im Verlauf der Debatten **nicht** klar bewiesen wurde. Die Schnelligkeit, mit der das Militärdirektorium die Schwurgerichte abschaffte, hat die angeblichen Mörder Datos vor ein Gericht gebracht, das für sie nicht zuständig ist. Man kann mit Bestimmtheit erklären, daß ein Geschworenen-Kollegium mangels bestimmter Beweise die Angeklagten nicht zum Tode verurteilt hätte."

Der „Temps"-Korrespondent ging dann näher auf die Beweisaufnahme ein. So wurde ein General vernommen, der Augenzeuge des Attentats war. Er erzählte, daß die „Mörder" an Zahl drei waren und sich eines Motorrades bedienten. Aber er war nicht in der Lage, in den Angeklagten einen der Täter wieder zu erkennen. Ein anderer Zeuge fuhr im Automobil am Orte des Attentats vorbei. Er verfolgte das Motorrad und kam ihm so nahe, daß einer der Täter sich umdrehte und ihm zurief: „Verfolge uns nicht weiter, sonst töten wir dich!" Auch er konnte keinen der Angeklagten mit dem Täter identifizieren. Dasselbe galt von dem Kutscher des Wagens, in dem Dato beim Attentat fuhr, und von den übrigen Zeugen. Charakteristisch sind auch die Schilderungen des französischen bürgerlichen Journalisten über die höhnische Gleichgültigkeit, mit der Richter und Staatsanwalt die Plaidoyers der Verteidiger verfolgten.

Die Arbeiterschaft aller Länder muß sofort Protestkundgebungen organisieren und die spanische Schandregierung für das Leben der Angeklagten verantwortlich machen. Nur so kann es möglich sein, noch im letzten Moment die beiden Genossen vor dem Henker zu retten.

*

Das Pariser revolutionäre Proletariat ist als erstes in Aktion getreten, um den Justizmord an Mateu und Nicolau zu verhindern. Für den 13. Oktober berief der Rote Pariser Gewerkschaftsverband eine große Protestversammlung gegen die spanische Mordjustiz ein. Anläßlich des Madrider Todesurteils wandten sich die **Pariser Roten Gewerkschaften** mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem es u. a. heißt: „Mateu und Nicolau sind unschuldig zum Tode verurteilt. Im Laufe der Verhandlungen konnte man trotz der verzweifelten Anstrengungen der Anklagebehörde keinerlei Beweise finden. **Die Unschuld der Angeklagten ist völlig klar. Jeder Arbeiter muß sich mit äußerster Energie gegen einen derartigen Mord wenden, der unter der heuchlerischen Maske der Gesetzmäßigkeit vollstreckt werden soll.** Die spanische Reaktion, die seit der Ermordung von Ferrer schon genug Schandtaten verübt hat, muß durch die Entrüstung der ganzen Welt weggefegt werden. Arbeiter von Paris, Ihr seid, wenn auch leider zu spät, in großen Massen für Ferrer eingetreten. Erscheint alle zur Rettung von Mateu und Nicolau! Der Verband der Gewerkschaften ist davon überzeugt, daß das Pariser Proletariat in gebührender Weise die freche Herausforderung beantworten wird, die der in Spanien regierende Abenteurer der Arbeiterschaft der ganzen Welt geboten hat."

Entsprechende Aufrufe zugunsten von Mateu und Nicolau haben in Paris ferner der Rote Bauarbeiter-Verband, der Verband der Elektrizitätsarbeiter, der Verband der städtischen Arbeiter und die anarchistische Union erlassen.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.